Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 1 von 16
A	Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange		2
A.1	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 410 Baurecht und Denkmalschutz		2
A.2	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 420 Naturschutz		6
A.3	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 430/440 Umweltrecht / Wasser, Boden, Altlasten..		7
A.4	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 450 Gewerbeaufsicht		10
A.5	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 520 Brand- u. Katastrophenschutz.....		11
A.6	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 580 Landwirtschaft		11
A.7	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 650/660 Untere Straßenverkehrsbehörde und Landkreis als Straßenbaulasträger.....		12
A.8	Regierungspräsidium Stuttgart – Straßenwesen und Verkehr		12
A.9	Regierungspräsidium Freiburg – Außenstelle Donaueschingen Fachreferate 54.1- 4 - Industrie /Kommunen		12
A.10	Regierungspräsidium Freiburg – Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau		12
A.11	Regierungspräsidium Stuttgart - Kampfmittelbeseitigungsdienst.....		14
A.12	Regierungspräsidium Freiburg – Körperschaftsforstdirektion Freiburg.....		14
A.13	Industrie- und Handelskammer Südlicher Oberrhein		14
A.14	PLEdoc GmbH		15
A.15	Amprion GmbH		16
A.16	Gemeindeverwaltungsverband Müllheim-Badenweiler		16
B	Keine Bedenken und Anregungen der Behörden und Träger öffentlicher Belange		16
B.1	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 320 Gesundheitsschutz.....		16
B.2	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 470 Vermessung und Geoinformation		16
B.3	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 510 Forst		16
B.4	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 530 Struktur- und Wirtschaftsförderung		16
B.5	bnNETZE GmbH.....		16
B.6	Unitymedia BW GmbH.....		16
B.7	SWEG Südwestdeutsche Verkehrs-Aktiengesellschaft		16
B.8	Vermögen und Bau Baden-Württemberg		16
B.9	Gemeinde Auggen.....		16
B.10	Gemeinde Bad Bellingen		16
C	Private Stellungnahmen von Bürgerinnen und Bürgern		16

Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 2 von 16
-----	--------------------	--------------------	----------------

A STELLUNGNAHMEN DER BEHÖRDEN UND TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE

A.1	LANDRATSAMT BREISGAU-HOCHSCHWARZWALD – FB 410 BAURECHT UND DENKMAL-SCHUTZ (gemeinsames Schreiben vom 03.02.2017)		
	Rechtliche Vorgaben aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall nicht überwunden werden können:		
A.1.1	<p>Gemäß § 8 Absatz 2 Satz 1 BauGB sind Bebauungspläne aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln. Der Bebauungsplan entwickelt sich nicht aus einem genehmigten Flächennutzungsplan, er ist aber aus dem Entwurf zur Änderung des Flächennutzungsplanes entwickelt. Eine Bekanntmachung des Bebauungsplanes kann also erst nach Wirksamwerden des Flächennutzungsplanes oder der Genehmigung des Bebauungsplanes erfolgen.</p> <p>Gemäß § 1 Absatz 4 BauGB sind Bauleitpläne den Zielen der Raumordnung anzupassen. Wir weisen darauf hin, dass der Geltungsbereich des Bebauungsplans in der derzeit noch rechtswirksamen Fassung des Regionalplans Südlicher Oberrhein von 1995 noch als regionaler Grünzug ausgewiesen ist. Die beabsichtigte Planung stünde daher im Widerspruch zu einem Ziel der Raumordnung. In der am 08.12.2016 als Satzung beschlossenen Fortschreibung des Regionalplans ist der betroffene Bereich allerdings nicht mehr als regionaler Grünzug ausgewiesen.</p> <p>Die Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren kann erst abgeschlossen werden, wenn die Fortschreibung des Regionalplans durch öffentliche Bekanntmachung der noch ausstehenden Genehmigung durch das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg rechtswirksam abgeschlossen ist.</p> <p>Das Verhältnis der Planung zum Regionalplan und den darin enthaltenen Festlegungen sollte in der Begründung ergänzt werden. Zudem sollte der Stand des Parallelverfahrens zur Änderung des Flächennutzungsplans in der Begründung zum Bebauungsplan entsprechend den einzelnen Planungsphasen ersichtlich sein.</p> <p>Das Landratsamt geht davon aus, dass zum Zeitpunkt der Genehmigungsvorlage die Parallelität gegeben sein wird oder eine Genehmigung des Bebauungsplanes nicht erforderlich wird, wenn das FNP-Verfahren nach Abschluss des Verfahrens zur Fort-</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Flächennutzungsplan wird im Parallelverfahren geändert.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen. Der Regionalplan ist von der Verbandsversammlung bereits beschlossen. Die Genehmigung des Regionalplans wird in diesem Jahr erwartet, sodass die „neuen“ Ziele der Raumordnung bereits hinreichend deutlich erkennbar sind (vgl. etwa OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 24.04.2009 – OVG 10 S 13.08 –, juris Rn. 45). Daher ist die Gemeinde geradezu gehalten, diese Veränderungen bei ihrer Flächennutzungs- und damit auch ihrer Bauleitplanung zu beachten.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Anregung wird berücksichtigt und die Begründung entsprechend ergänzt.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>	

Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 3 von 16
	schreibung des Regionalplans entsprechend zügig abgeschlossen werden kann.		
	Anregungen und Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage:		
A.1.2	<p>Entsprechend Punkt 1.7 der planungsrechtlichen Festsetzungen sind die im Bebauungsplan festgesetzten Nutzungen nur bis zum Eintritt des bestimmten Umstandes der Beendigung der Fremdkieszufuhr durch das Integrierte Rheinprogramm zulässig. Diese sog. bedingte Zulässigkeit sollte hinsichtlich der auflösenden Bedingung noch konkretisiert werden, da nicht ohne weiteres ersichtlich ist, ob eine Fremdkieszufuhr aus Beständen des Integrierten Rheinprogramms oder sonstigen Quellen stammt. Hinsichtlich der erforderlichen Konkretisierung in Bezug auf den tatsächlich maßgeblichen Rückhalteraum / Abschnitt verweisen wir auf die Stellungnahme des Fachbereichs 430/440 - Umweltrecht / Wasser, Boden, Altlasten.</p> <p>Die Umstände, von deren Eintritt die Zulässigkeit der betreffenden Nutzungen oder Anlagen abhängt, müssen zudem so ausgewählt und bestimmt werden, dass ihr Eintritt ohne weiteres und für jedermann erkennbar ist. Es reicht nicht aus, dass aufwendige Ermittlungen oder Feststellungen erforderlich sind. Strenge Anforderungen an die Auswahl und Konkretisierung der maßgeblichen Umstände sind notwendig, weil es bei einer auflösend bedingten Festsetzung keines weiteren Feststellungsaktes und keiner zusätzlichen Publikation bedarf, wann die betreffenden Nutzungen oder Anlagen unzulässig werden. Die Rechtswirkungen treten vielmehr mit Eintritt der Beendigung von selbst ein. Soll - wie im vorliegenden Fall - auf reale Veränderungen abgestellt werden, deren Eintritt nicht ohne weiteres erkennbar ist, empfiehlt es sich, nicht die Veränderung selbst, sondern eine entsprechende Erklärung der Gemeinde zum Anknüpfungspunkt der Bedingung zu machen. Die Erklärung sollte aus Gründen der Erkennbarkeit in der gleichen Weise wie die Bekanntmachung nach § 10 Absatz 3 BauGB im amtlichen Verkündungsorgan erfolgen. In diesem Fall würde die Bedingung mit der diesbezüglichen Bekanntmachung zweifelsfrei eintreten (vgl. Gierke in Brügelmann, Kommentar zum Baugesetzbuch, § 9, Rn. 505).</p> <p>Zudem regen wir an, im zweiten Absatz die</p>	<p>Die Anregung wird teilweise berücksichtigt.</p> <p>Vor allem aus ökologischen Gründen ist beabsichtigt, Kies aus dem IRP-Abschnitt Neuenburg möglichst abbaunah einer Verwertung zuzuführen. Daher soll dem ortsansässigen Unternehmen die Möglichkeit eröffnet werden, Fremdkies aus diesem Bereich annehmen zu können. Um eine betrieblich reibungsfreie und kontinuierliche Zufuhr mit Kies zu gewährleisten, ist jedoch eine Zufuhr von Fremdkies aus weiteren abbaunah gelegenen IRP-Abschnitten außerhalb der Gemarkung Neuenburg nicht völlig auszuschließen. Ziel des Bebauungsplans ist es u.a. deshalb, die zulässige Fremdkieszufuhr auf die Abschnitte I bis V (Weil bis Breisach) des Integrierten Rheinprogramms (IRP) zu begrenzen.</p> <p>Um den Eintritt der Beendigung eindeutig und für jedermann erkennbar zu machen, wird die entsprechende Festsetzung für das bedingte Baurecht dahingehend ergänzt, dass die Beendigung des Integrierten Rheinprogramms durch die Stadt Neuenburg ortsüblich bekannt zu machen ist.</p> <p>Die Anregung wird berücksichtigt und die planungs-</p>	

Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 5 von 16
A.1.5	<p>Auch wenn es sich bei den bereits vorhandenen und im Bebauungsplan künftig als zulässige Nutzung vorgesehenen Betriebsleiterwohnungen um keine „klassische“ Wohnung handelt, sollte in die Abwägung eingestellt werden, ob im Hinblick auf die Nähe zur Bundesautobahn A 5 evtl. Nutzungskonflikte entstehen könnten und ob bzw. welche Festsetzungen ggf. zu treffen wären, um Nutzungskonflikten zwischen Wohnen und Straßenlärm planerisch zu bewältigen.</p> <p>Der Schutz insbesondere des „betrieblichen“ Wohnens nach § 8 Absatz 3 Nr. 1 BauNVO ist zwar deutlich geringer als der Schutz „allgemeinen“, d.h. uneingeschränkt (ohne Bindung) zulässigen Wohnens. Wir weisen in diesem Zusammenhang allerdings darauf hin, dass die erhöhte Zumutbarkeit vorrangig für die jeweils „gebietstypischen“ Immissionsarten und Immissionsquellen gilt. Die Abwehransprüche der Bewohner eines nur betriebsbezogen zulässigen Wohnens sind demnach in erster Linie gegenüber allen Immissionen beschränkt, die gebietstypischer Natur sind (vgl. Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg, Urteil vom 05. Juni 2012 - 3 S 724/11 - Rn. 39, juris). Dies gilt im vorliegenden Fall für die vom Kieswerk selbst ausgehenden Immissionen nicht jedoch für die gebietsexternen Straßenlärmimmissionen.</p> <p>Inwiefern dem Gemeinderat eine verlässliche sachverständige Grobabschätzung zu den von der Bundesautobahn A 5 ausgehenden Lärmimmissionen in Bezug auf eine Wohnnutzung vorliegt, lässt sich den Bebauungsplanunterlagen nicht entnehmen.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Eine differenzierte Lärmimmissionsprognose auch hinsichtlich des Konflikts zwischen Verkehrslärm von der Autobahn und der Betriebsleiterwohnung wird im Zuge des Genehmigungsverfahrens erarbeitet.</p>	
A.1.6	<p>Die Begründung ist zu gegebener Zeit auf den Stand der endgültigen Planung unter Berücksichtigung des Abwägungsergebnisses zu bringen.</p>	<p>Die Anregung wird berücksichtigt und die Begründung entsprechend überarbeitet.</p>	
A.1.7	<p>Wir bitten um weitere Beteiligung am Verfahren und zu gegebener Zeit um Übermittlung einer Ergebnismitteilung zu den von uns ggf. vorgetragenen Anregungen.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen. Die Ergebnismitteilungen werden zu gegebener Zeit versandt.</p>	

Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 6 von 16
-----	--------------------	--------------------	----------------

A.2 LANDRATSAMT BREISGAU-HOCHSCHWARZWALD – FB 420 NATURSCHUTZ (gemeinsames Schreiben vom 03.02.2017)		
	Rechtliche Vorgaben aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall nicht überwunden werden können:	
A.2.1	<p>Die Kiesgrube befindet sich im FFH-Gebiet „Markgräfler Rheinebene von Neuenburg bis Breisach“ und im Vogelschutzgebiet „Rheinniederung Neuenburg bis Breisach“.</p> <p>Aufgrund der Lage in den oben genannten Gebieten ist eine Natura 2000-Vorprüfung durchzuführen. In dieser sind die Auswirkungen der Planung auf die Schutzziele der Natura 2000-Gebiete zu prüfen. Sofern erhebliche Auswirkungen auf Schutz- und Erhaltungsziele nicht sicher ausgeschlossen werden können, muss eine Natura 2000-Verträglichkeitsprüfung im Sinne von § 34 Abs. 1 BNatSchG durchgeführt werden.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Anregung wird berücksichtigt. <i>Eine Natura 2000-Vorprüfung liegt vor (GAEDE + GILCHER PARTNERSCHAFT).</i></p>
	Anregungen und Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage:	
A.2.2	<p>Sicherung der Ausgleichsmaßnahmen</p> <p>Sofern Ausgleichsmaßnahmen außerhalb des Plangebiets erforderlich werden sind diese wie folgt rechtlich zu sichern:</p> <p>Alle externen Ausgleichsmaßnahmen sind vor dem Satzungsbeschluss durch einen öffentlich-rechtlichen Vertrag zu sichern, sofern die Stadt Neuenburg Eigentümerin der Flächen ist. Andernfalls ist zusätzlich zum öffentlich-rechtlichen Vertrag noch eine dingliche Sicherung (Grundbucheintrag) notwendig. Der Nachweis darüber ist der unteren Naturschutzbehörde ebenfalls vor Satzungsbeschluss vorzulegen. In diesem Fall wird der Grundstückseigentümer ebenfalls Vertragspartner.</p> <p>Wir bitten einen entsprechenden Vertragsentwurf mit allen Anlagen rechtzeitig (d. h. mindestens zwei Wochen) vor dem Satzungsbeschluss bei der unteren Naturschutzbehörde vorzulegen. Im Vertragsentwurf ist diese plangebietsexterne Ausgleichsmaßnahme dauerhaft (zumindest für einen Unterhaltungszeitraum von 25 Jahren) zu sichern.</p> <p>Wir weisen darauf hin, dass die Flächen, die für den Ausgleich herangezogen werden, auch tatsächlich verfügbar sein müssen. Im Rahmen der Ausgleichsplanungen ist eine Aussage über die Verfügbarkeit (z. B. ist die Fläche verpachtet? etc.) zu ma-</p>	<p>Die Anregung wird berücksichtigt. Gem. Umweltbericht (GAEDE + GILCHER PARTNERSCHAFT) sind externe Ausgleichsmaßnahmen nicht erforderlich.</p>

Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 7 von 16
A.2.3	<p>chen.</p> <p>Sonstiges</p> <p>Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens, ist eine Eingriffs-/ Ausgleichsbilanzierung durchzuführen. Es sind dann auch entsprechende Vermeidungs-, Minimierungs-, Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen vorzusehen.</p> <p>Die Planung sieht vor, dass das Baurecht auf die Dauer der Kieszufuhr aus dem integrierten Rheinprogramm begrenzt ist. Daher sollte die Folgenutzung des Werksgebietes nach Ende des Kiesabbaus dargestellt werden. Aus Sicht der unteren Naturschutzbehörde sollten die Flächen nach Ende des Kiesabbaus wieder einer naturnahen Entwicklung im Sinne der Ziele der relevanten Arten und Lebensräume der Natura 2000-Gebiete zur Verfügung stehen.</p> <p>Wir bitten außerdem um Darlegung, weshalb nicht das gesamte Werksgebiet als Sondergebiet ausgewiesen werden soll, zumal die Fremdkiesverarbeitung voraussichtlich weitere Flächen beanspruchen wird (z. B. Ablagerung und Weiterverwendung der Kiesschlämme).</p>	<p>Die Anregung wird berücksichtigt. Gem. Umweltbericht (GAEDE + GILCHER PARTNERSCHAFT) sind externe Ausgleichsmaßnahmen nicht erforderlich.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen. Es kann jedoch nicht übersehen werden, dass die baulichen Anlagen bereits heute weitgehend vorhanden sind und die Fragen eines etwaigen Rückbaus in den früheren Zulassungsentscheidungen abschließend geregelt sind. Zudem kann die Folgenutzung aus heutiger Sicht nicht eindeutig definiert werden. Nach Eintritt der Beendigung der Fremdkieszufuhr durch das IRP und der Aufhebung des Bebauungsplans „Kieswerk Grißheim“ kommt für das heutige Kies- und Betonwerk eine weitere Nutzung als Kieswerk z.B. bei Erschließung neuer Geschäftsfelder oder aber umfassende Rekultivierungsmaßnahmen in Betracht.</p> <p>Die Anregung wird berücksichtigt. Die vorhandenen Lagerflächen werden in den Bebauungsplan aufgenommen und als solche festgesetzt.</p> <p>Ferner ist geplant auf den nordöstlichen und nordwestlichen Lagerplätzen, die zunächst als temporäre Nassabbauflächen genutzt werden, ausschließlich Schlammssande und Kiese aus dem IRP zu lagern.</p>	
A.3	<p>LANDRATSAMT BREISGAU-HOCHSCHWARZWALD – FB 430/440 UMWELTRECHT / WASSER, BODEN, ALTLASTEN (gemeinsames Schreiben vom 03.02.2017)</p>		
	<p>Anregungen und Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage:</p>		
A.3.1	<p>Wasserrecht zum Kiesabbau:</p> <p>Der derzeitige Kiesabbau im Kieswerk in Grißheim beruht auf dem wasserrechtlichen Planfeststellungsbeschluss vom 17.05.2006. Kernstück dieser Entscheidung war die Verbreiterung des Sees in westlicher Richtung und ist bis zum 31.12.2024 befristet.</p> <p>Mit Schreiben vom 30.04.2015 beantragte die Fa. Karl Strohmaier GmbH & Co. KG bei uns die Änderung des Planfeststellungsbeschlusses vom 17.05.2006.</p> <p>Unter anderem ist geplant, die Nassauskiesung im südöstlichen Bereich des bestehenden Baggersees auf einer Fläche von 1,1 - 1,3 ha auszudehnen und gleich anschließend wieder mit Waschschlamm zu verfüllen (Teilfläche V). Für diesen Prozess ist nach Angaben des Kiesunterneh-</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>	

Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 8 von 16
-----	--------------------	--------------------	----------------

	<p>mers eine Dauer von insgesamt ca. 1 Jahr vorgesehen. Nach der Verfüllung mit Waschschlamm soll die dann wieder entstandene Landfläche für die restliche Laufzeit des Kiesabbaus bis im Jahr 2024 als Lagerfläche genutzt werden. Erst danach erfolgt wiederum eine Umwandlung der Fläche im Rahmen der Rekultivierung in einem (See-)Bereich mit Flachwasserzonen. Die Fläche wird vom Antragsteller in den aktuellen Antragsunterlagen als „Temporärer Nassabbau OST der Teilfläche V“ (orange Kennzeichnung) bezeichnet und ist aus beiliegendem Übersichtslageplan ersichtlich.</p> <p>Diese Teilfläche V ist im Plan zum zeichnerischen Teil des Bebauungsplans von der Stadt Neuenburg als „Lagerplatz“ deklariert. Allerdings befindet sich dieser Bereich lt. Planzeichnung nördlich außerhalb des festzusetzenden Bebauungsplangebiets. Wir bitten daher um Prüfung, ob das Gebiet des Bebauungsplans entsprechend der wasserrechtlichen Antragstellung und der darin beschriebenen beabsichtigten Nutzung als Lagerfläche nach deren Wiederherstellung bis zum Ablauf 31.12.2024 zu erweitern wäre.</p> <p>Weitere Anregungen werden von unserer Seite nicht vorgebracht.</p>	<p>Die Anregung wird berücksichtigt. Die vorhandenen Lagerflächen werden in den Bebauungsplan aufgenommen und als solche festgesetzt.</p> <p>Ferner ist geplant auf den nordöstlichen und nordwestlichen Lagerplätzen, die zunächst als temporäre Nassabbauflächen genutzt werden, ausschließlich Schlämmsande und Kiese aus dem IRP zu lagern.</p>	
<p>A.3.2</p>	<p>Immissionsschutzrecht zum Werks-gelände</p> <p>Aus immissionsschutzrechtlicher Sicht ist zum Bebauungsplan „Kieswerk Grißheim“ folgendes zu bemerken:</p> <p>Die Fa. Karl Strohmaier GmbH betreibt auf ihrem Werksgelände in Neuenburg-Grißheim, Zollstraße 102, Flst.Nr. 4938/6, eine Anlage zur Herstellung von Splitt und Brechsand. Hierbei handelt es sich um eine immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftige Anlage gemäß Ziffer 2.2 des Anhangs 1 der 4. BImSchV (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen). Die Anlage befindet sich innerhalb des hier in Rede stehenden Bebauungsplans „Kieswerk Grißheim“.</p> <p>Dem Begründungsteil des Bebauungsplans ist zu entnehmen, dass künftig im Kieswerk Grißheim die Verarbeitung von Fremdkies vorgesehen ist. Lt. Erläuterung der Stadt Neuenburg, soll die Fremdkiesnutzung an das IRP gebunden sein.</p> <p>Die Fa. Strohmaier hat bereits im Juli 2016 einen immissionsschutzrechtlichen Änderungsgenehmigungsantrag für die Anlage zur Herstellung von Splitt- und Brechsand</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>	

Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 9 von 16
	<p>eingereicht. Gegenstand des Antrags ist die nachträgliche Genehmigung des Austausches der Brecher 1, 2, 3 und 5 (der Austausch erfolgte in den zurückliegenden Jahren ohne Genehmigung oder Anzeige) sowie die künftige Verarbeitung von Fremdkies in der Anlage.</p> <p>Das Änderungsgenehmigungsverfahren konnte bislang nicht abgeschlossen werden, da der Antrag unvollständig ist und in einigen Punkten der Ergänzung/Überarbeitung bedarf. Der Antrag wurde daher mit Schreiben vom 26.09.2016 an den Antragsteller zurückgegeben, zur Ergänzung / Überarbeitung. Eine erneute Einreichung des (überarbeiteten) Antrags erfolgte bislang nicht.</p> <p>Wir weisen daher darauf hin, dass derzeit noch unklar ist, ob und ggf. in welchem Umfang und für welchen Zeitraum die Verarbeitung von Fremdkies im Werk Grißheim genehmigt werden kann.</p> <p>Insofern ist der erste Absatz in Ziffer 5.7 der Begründung „eine wasserrechtliche Erlaubnis sowie eine Erlaubnis durch das IRP Fremdkies zu verarbeiten bestehen ebenso voraussichtlich nur bis zum Jahr 2024“ etwas missverständlich formuliert.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Anregung wird berücksichtigt und die Begründung entsprechend korrigiert.</p>	
A.3.3	<p>Allgemein:</p> <p>Des Weiteren bitten wir zu prüfen, ob Ziffer 1.7 der Bebauungsvorschriften, in der die bedingte Zulässigkeit von Nutzungen der Sondergebiete geregelt wird, ggf. zu konkretisieren ist. Bei der derzeitigen Formulierung bezieht sich der Zeitraum der Zulässigkeit auf die „Beendigung der Fremdkieszufuhr durch das Integrierte Rheinprogramm“. Das Integrierte Rheinprogramm mit dem Ziel, den Hochwasserschutz am Rhein unterhalb Iffezheim wiederherzustellen, ist bekanntlich ein Landesprojekt und umfasst insgesamt 13 Rückhalteräume zwischen Weil a. R. und Mannheim.</p> <p>Wir regen an, hier z. B. den tatsächlich maßgeblichen Rückhalteraum / Abschnitt analog der verwendeten Bezeichnungen des Referats 53.3 im Regierungspräsidium Freiburg zu nennen.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Anregung wird teilweise berücksichtigt. Vgl. A.1.2</p>	

Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 10 von 16
A.4	LANDRATSAMT BREISGAU-HOCHSCHWARZWALD – FB 450 GEWERBEAUF SICHT (gemeinsames Schreiben vom 03.02.2017)		
	Anregungen und Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage:		
A.4.1	Es wurde richtig erkannt, dass Staub- und Lärmimmissionen, ausgehend vom Plangebiet, einen Nutzungskonflikt mit der Wohnbebauung darstellen können.	Wird zur Kenntnis genommen.	
A.4.2	Das Gutachten Nr. 15-10-02-FR des Institutes iMA vom 23.03.2016 betrachtet die Staubimmissionen an zwei repräsentativen Aufpunkten in der Gemeinde Grißheim sowie am sog. „Rheinwärterhaus Grißheim“ (Flurstück 4941/2). Das Ergebnis des Gutachtens ist schlüssig. Unter der Voraussetzung der angenommenen Betriebszeit (Kap. 3.8 des Gutachtens) und der emissionsmindernden Maßnahmen (Kap. 4 des Gutachtens) wie Befestigung und Reinigung der Hauptfahrwege, Befuchtung und Kontrolle der Filteranlagen sind schädliche Umwelteinwirkungen durch Staubimmissionen nicht zu erwarten. Im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren werden wir empfehlen, die emissionsmindernden Maßnahmen für die Anlage verbindend als Nebenbestimmungen aufzunehmen, sofern sie nicht schon beantragt werden.	Wird zur Kenntnis genommen.	
A.4.3	Die schalltechnische Stellungnahme von Fichtner WT, Projekt Nr. 612-1870, vom 10.05.2016 geht mit sehr vereinfachten Parametern in die Ausbreitungsrechnung. Es wird eine Flächenquelle von 150.000 m ² und einem Schalleistungspegel von knapp 130 dB(A) gerechnet. Man erhält die Isophonen als konzentrische Kreise. Die Ergebnisse der Ausbreitungsrechnung zeigen, dass mit dieser Vorbetrachtung die sichere Einhaltung der Richtwerte in Grißheim nicht nachgewiesen ist. Es ist also zwingend notwendig, mit einer differenzierteren Lärmimmissionsprognose im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren die Einhaltung der Richtwerte nachzuweisen. Die Lärmimmissionsprognose ist von einer nach § 29b Bundes-Immissionsschutzgesetz bekannt gegebenen Stelle zu erstellen.	Wird zur Kenntnis genommen. Eine differenzierte Lärmimmissionsprognose wird im Zuge des Genehmigungsverfahrens erarbeitet.	

Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 11 von 16
A.5 LANDRATSAMT BREISGAU-HOCHSCHWARZWALD – FB 520 BRAND- U. KATASTROPHENSCHUTZ (gemeinsames Schreiben vom 03.02.2017)			
Anregungen und Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage:			
A.5.1	Die Löschwasserversorgung wird entsprechend dem Arbeitsblatt W 405 des DVGW in Abhängigkeit der Nutzung (FwG § 3, LBOAVO § 2 Abs. 5) bzw. anhand einer Sonderbauverordnung im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens festgelegt.	Die Anregung wird berücksichtigt und als Hinweis in die Bebauungsvorschriften aufgenommen.	
A.5.2	Für Gebäude deren zweiter Rettungsweg über Rettungsgeräte der Feuerwehr sichergestellt werden muss, sind in Abhängigkeit der Gebäudehöhe entsprechende Zugänge bzw. Zufahrten und Aufstellflächen zu schaffen (LBOAVO § 2 Abs. 1-4).	Die Anregung wird berücksichtigt und als Hinweis in die Bebauungsvorschriften aufgenommen.	
A.5.3	Zufahrt und Aufstellflächen für Rettungsgeräte der Feuerwehr sind nach den Vorgaben der VwV - Feuerwehrflächen auszuführen.	Die Anregung wird berücksichtigt und als Hinweis in die Bebauungsvorschriften aufgenommen.	
A.6 LANDRATSAMT BREISGAU-HOCHSCHWARZWALD – FB 580 LANDWIRTSCHAFT (gemeinsames Schreiben vom 03.02.2017)			
Anregungen und Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage:			
A.6.1	Landwirtschaftliche Belange sind von der vorliegenden Bebauungsplanung, die im aktuell 7,63 ha großen Kieswerk auf Gemarkung Grißheim die Verwertung von Fremdkies ermöglichen soll, nicht direkt berührt. Hinweise, die in den Bebauungsvorschriften aufgenommen werden sollten:	Wird zur Kenntnis genommen.	
A.6.1.1	Die zu den angrenzenden Grundstücken führenden Wege dürfen durch die Planung nicht beeinträchtigt werden. Die Bewirtschaftung der Grundstücke während der Bauphase darf nicht behindert werden, eine ungehinderte problemlose Zufahrt muss erhalten bleiben.	Die Anregung wird berücksichtigt und als Hinweis in die Bebauungsvorschriften aufgenommen.	
A.6.2	Sollten externe Kompensationsmaßnahmen notwendig werden, so ist § 15(3) BNatSchG (Berücksichtigung agrarstruktureller Belange) zu beachten. In diesem Fall bitten wir bei geplanter Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen gem. § 15(6) NatSchG um frühzeitige Einbindung. Ausgleichsmaßnahmen für evtl. notwendige Waldumwandlungen sollten gegebenenfalls	Wird zur Kenntnis genommen. Eine weitere Beteiligung am Verfahren wird zugesagt.	

Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 12 von 16
	falls im bestehenden Waldbereich festgesetzt werden.		
A.7	LANDRATSAMT BREISGAU-HOCHSCHWARZWALD – FB 650/660 UNTERE STRAßENVERKEHRSBEHÖRDE UND LANDKREIS ALS STRAßENBAULASTTRÄGER (gemeinsames Schreiben vom 03.02.2017)		
	Anregungen und Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage:		
A.7.1	Das bestehende Kieswerk im Plangebiet ist bereits über eine eigene Zufahrtsstraße (Zollstraße) von der L 134 her erschlossen. Die bestehende Ein- und Ausfahrt soll auch weiterhin genutzt werden und wird durch die vorliegende Planung nicht geändert. Aus verkehrsrechtlicher Sicht bestehen daher keine Einwände.	Wird zur Kenntnis genommen.	
A.8	REGIERUNGSPRÄSIDIUM STUTTGART – STRAßENWESEN UND VERKEHR (Schreiben vom 02.01.2017)		
A.8.1	Das Plangebiet befindet sich ca. 4,2 km südöstlich des Sonderlandeplatzes Bremgarten, außerhalb dessen Bauschutzbereichs. Bei einer maximalen Höhe der Bauwerke von bis zu 32,5 m ü. Grund (236 m ü. NN) werden Belange der Luftfahrt nicht berührt. Zum Einsatz kommende Bau- und Mobilkräne, die eine Höhe von 45 m ü. Grund überschreiten, sind uns zur luftrechtlichen Genehmigung vorzulegen.	Wird zur Kenntnis genommen. Gemäß den planungsrechtlichen Festsetzungen sind bauliche Anlagen über 235 m ü. NN nicht zulässig. Damit sind Gebäudehöhen von ca. 31,50 m über Grund möglich. Ein entsprechender Hinweis wird in die Bebauungsvorschriften aufgenommen.	
A.9	REGIERUNGSPRÄSIDIUM FREIBURG – AUßENSTELLE DONAUESCHINGEN FACHREFERATE 54.1- 4 - INDUSTRIE /KOMMUNEN (Schreiben vom 30.12.2016)		
A.9.1	Aus Sicht der Fachreferate 54.1 bis 54.4 des Regierungspräsidiums Freiburg bestehen zu dem Bebauungsplan "Kieswerk Grißheim" der Stadt Neuenburg keine Bedenken. In der Umgebung des Sanierungsgebiets befinden sich nach unserer Kenntnis keine IE- und Störfall-Anlagen.	Wird zur Kenntnis genommen.	
A.10	REGIERUNGSPRÄSIDIUM FREIBURG – LANDESAMT FÜR GEOLOGIE, ROHSTOFFE UND BERGBAU (Schreiben vom 08.02.2017)		
A.10.1	Geotechnik Auf Grundlage der am LGRB vorhandenen Geodaten befindet sich das Plangebiet im Verbreitungsbereich von holozänen Talauenschottern der Neuenburg-Formation. Mit Auffüllungen vorangegangener Nutzungen, die ggf. nicht zur Lastabtragung geeignet sind, ist zu rechnen.	Die Anregung wird berücksichtigt und als Hinweis in die Bebauungsvorschriften aufgenommen.	

Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 13 von 16
	Bei etwaigen geotechnischen Fragen im Zuge der weiteren Planungen oder von Bauarbeiten (z. B. zum genauen Baugrundaufbau, zu Bodenkennwerten, zur Wahl und Tragfähigkeit des Gründungshorizontes, zum Grundwasser, zur Baugrubensicherung) werden objektbezogene Baugrunduntersuchungen gemäß DIN EN 1997-2 bzw. DIN 4020 durch ein privates Ingenieurbüro empfohlen. Ferner wird darauf hingewiesen, dass im Anhörungsverfahren des LGRB als Träger öffentlicher Belange keine fachtechnische Prüfung vorgelegter Gutachten oder von Auszügen daraus erfolgt.		
A.10.2	Boden Zur Planung sind aus bodenkundlicher Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzutragen.	Wird zur Kenntnis genommen.	
A.10.3	Mineralische Rohstoffe Zum Planungsvorhaben sind aus rohstoffgeologischer Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzubringen.	Wird zur Kenntnis genommen.	
A.10.4	Grundwasser Aus hydrogeologischer Sicht sind zum Planungsvorhaben keine die o. a. Ausführungen ergänzenden Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzubringen.	Wird zur Kenntnis genommen.	
A.10.5	Bergbau Gegen die Planung bestehen von bergbehördlicher Seite keine Einwendungen.	Wird zur Kenntnis genommen.	
A.10.6	Geotopschutz Im Bereich der Planfläche sind Belange des geowissenschaftlichen Naturschutzes nicht tangiert.	Wird zur Kenntnis genommen.	
A.10.7	Allgemeine Hinweise Die lokalen geologischen Untergrundverhältnisse können dem bestehenden Geologischen Kartenwerk, eine Übersicht über die am LGRB vorhandenen Bohrdaten der Homepage des LGRB (http://www.lgrb-bw.de) entnommen werden. Des Weiteren verweisen wir auf unser Geotop-Kataster, welches im Internet unter der Adresse http://lgrb-bw.de/geotourismus/geotope (Anwendung LGRB-Mapserver Geotop-Kataster) abgerufen werden kann.	Wird zur Kenntnis genommen.	

Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 14 von 16
A.11 REGIERUNGSPRÄSIDIUM STUTTGART - KAMPFMITTELBESEITIGUNGSDIENST (Schreiben vom 10.02.2017)			
A.11.1	Aufgrund der ausgedehnten Kampfhandlungen und schweren Bombardierungen, die während des zweiten Weltkriegs stattfanden, ist es ratsam, im Vorfeld von jeglichen Bau(planungs)maßnahmen eine Gefahrenverdachtserforschung in Form einer Auswertung von Luftbildern der Alliierten durchzuführen. Alle nicht vorab untersuchten Bauflächen sind daher als potenzielle Kampfmittelverdachtsflächen einzustufen. Seit dem 02.01.2008 kann der Kampfmittelbeseitigungsdienst Ba.-Wü. allerdings Luftbilddauswertungen für Dritte zur Beurteilung möglicher Kampfmittelbelastungen von Grundstücken nur noch auf vertraglicher Basis kostenpflichtig durchführen. Diese Auswertung kann bei uns mittels eines Vordruckes beantragt werden. Die dafür benötigten Formulare können unter www.rp-stuttgart.de (-> Service -> Formulare und Merkblätter) gefunden werden. Die momentane Bearbeitungszeit hierfür beträgt ca. 30 Wochen ab Auftragseingang. Bei eventuellen Rückfragen stehen wir Ihnen gerne persönlich zur Verfügung.	Wird zur Kenntnis genommen. Im Jahre 2008 wurde der östliche Teilbereich des Plangebiets und damit in etwa die Hälfte des Werksgeländes bereits durch die <i>Kampfmittel-Sondierung Süddeutschland GmbH</i> detailliert auf potenzielle Kampfmittelbelastungen u. a. in Form von Sondierungen untersucht. Es wurden keine Kampfmittel gefunden. Weitere Sondierungen sind derzeit in Planung und werden voraussichtlich innerhalb der nächsten 4-5 Monate durchgeführt. Ferner wurden die ersten Meter des Oberbodens im gesamten Plangebiet bereits aufgrund seiner Nutzung als Kieswerkareal nach Aussagen der ansässigen Firma mehrfach umgegraben, weshalb die Stadt Neuenburg davon ausgeht, dass keine akute Gefahr besteht.	
A.11.2	Bitte Anlagen beachten!	Wird zur Kenntnis genommen.	
A.12 REGIERUNGSPRÄSIDIUM FREIBURG – KÖRPERSCHAFTSFORSTDIREKTION FREIBURG (Schreiben vom 16.01.2017)			
A.12.1	Bei dem im Parallelverfahren zum FNP aufgestellten Bebauungsplan sind direkt keine Waldflächen betroffen. Eine weitere Beteiligung im Verfahren ist nur erforderlich, falls Ausgleichsmaßnahmen im Wald vorgesehen werden.	Wird zur Kenntnis genommen.	
A.13 INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER SÜDLICHER OBERRHEIN (Schreiben vom 10.02.2017)			
A.13.1	Mit der vorliegenden Planung der Stadt Neuenburg soll es einem bereits ansässigen Kieswerk ermöglicht werden, den wohl als Fremdkies einzustufen, aus Flächen des Integrierten Rheinprogramms anfallenden Kies mit zu verarbeiten. Dies wird begrüßt. Nach Rücksprache mit dem Unternehmen sind derzeit keine weiteren Anmerkungen zu machen. Wir bitten jedoch um Beteiligung am weiteren Verfahren.	Wird zur Kenntnis genommen. Eine weitere Beteiligung am Verfahren wird zugesagt.	

Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 15 von 16
-----	--------------------	--------------------	-----------------

A.14	<p>PLEDOC GMBH (Schreiben vom 02.01.2017 + 03.01.2017)</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>	
A.14.1	<p>Mit Bezug auf Ihr o.g. Schreiben teilen wir Ihnen mit, dass in dem von Ihnen angefragten Bereich keine von uns verwalteten Versorgungsanlagen vorhanden sind. Maßgeblich für unsere Auskunft ist der im Übersichtsplan markierte Bereich. Bitte überprüfen Sie diese Darstellung auf Vollständig- und Richtigkeit und nehmen Sie bei Unstimmigkeiten umgehend mit uns Kontakt auf.</p> <p>Wir beauskunften die Versorgungseinrichtungen der nachstehend aufgeführten Eigentümer bzw. Betreiber:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Open Grid Europe GmbH, Essen • Kokereigasnetz Ruhr GmbH, Essen • Ferngas Nordbayern GmbH (FGN), Schwaig bei Nürnberg • Mittel-Europäische Gasleitungsgesellschaft mbH (MEGAL), Essen • Mittelrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH (METG), Essen • Nordrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH & Co. KG (NETG), Dortmund • Trans Europa Naturgas Pipeline GmbH (TENP), Essen • GasLINE Telekommunikationsnetzgesellschaft deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG, Straelen • Viatel GmbH, Frankfurt <p>Diese Auskunft bezieht sich ausschließlich auf die Versorgungseinrichtungen der hier aufgelisteten Versorgungsunternehmen. Auskünfte zu Anlagen sonstiger Netzbetreiber sind bei den jeweiligen Versorgungsunternehmen bzw. Konzerngesellschaften oder Regionalcentern gesondert einzuholen.</p> <p>Hinsichtlich der Maßnahmen zum Ausgleich und zum Ersatz der Eingriffsfolgen entnehmen wir den Unterlagen, dass die Kompensationsmaßnahmen erst im weiteren Verfahren festgelegt werden bzw. keine Erwähnung finden.</p> <p>Wir weisen darauf hin, dass durch die Festsetzung planexterner Ausgleichsflächen eine Betroffenheit von uns verwalteter Versorgungseinrichtungen nicht auszuschließen ist. Wir bitten um Mitteilung der planexternen Flächen bzw. um weitere Beteiligung an diesem Verfahren.</p> <p>Achtung: Eine Ausdehnung oder Erweiterung des Projektbereichs bedarf immer einer erneuten Abstimmung mit uns.</p>	<p>Eine weitere Beteiligung am Verfahren wird zugesagt.</p>	